

Jetzt wackelt EU-Kommissar für ÖVP

EU-Jobs. Im Juni werden die Weichen für die neue EU-Kommission gestellt. Alleine kann Kurz nichts entscheiden

VON B. GAUL UND J. HÄGER

Der Zusammenbruch der Bundesregierung hat einen weiteren, noch unbeachteten Kollateralschaden zur Folge: Wie sieht Österreichs Part in Brüssel künftig aus? Wen soll die Politik nach Brüssel schicken, wen für die EU-Spitzenposten nominieren?

Bereits kommenden Dienstag, zwei Tage nach der EU-Wahl, findet am Abend ein Sondergipfel in Brüssel statt. Da geht es um die Frage der Besetzung der fünf Spitzenposten in Brüssel: Ratspräsident, Kommissionspräsident, Parlamentspräsident, Außenbeauftragter und Chef der Europäischen Zentralbank. Und demnächst geht es, wenn auch noch nicht beim Dienstag-Gipfel, um Österreichs nächsten EU-Kommissar.

Bisher war für die Österreicher alles klar: Die Bundesregierung, gestützt auf eine Mehrheit im Parlament, einigt sich auf einen Kandidaten für Brüssel und holt sich dann grünes Licht für den Personalvorschlag vom Parlament: „Die Bundesregierung hat über die Vorschläge das Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrats herzustellen“, heißt es in der Verfassung (Art. 23c).

FPÖ macht nicht mit

Nun stellt die ÖVP aber von den 24 Mitgliedern des Hauptausschusses nur acht, FPÖ und SPÖ je sieben, Neos und „Jetzt“ je ein Mitglied.

Und „Einvernehmen“ heißt: Mehr als die Hälfte der Mitglieder müssen zustimmen. „Der Hauptausschuss kann nur Ja oder Nein zu einem Kandidaten sagen, aber den Vorschlag der Bundesregierung nicht abändern“, erklärt Werner Zögernitz vom Institut für Parlamentarismus und Demokratieforschung.

Bis zum Dienstag-Gipfel, so Zögernitz, braucht Kurz „sofern er überhaupt noch Bundeskanzler ist“, noch keine Mehrheit im Hauptauss-



ÖVP-EU-Kandidatin Edtstadler: Ihre Chancen auf einen Top-Job in der Europäischen Union schwinden

schuss. Aber bis nach einer Regierungsbildung im Herbst zu warten, werde sich zeitlich auch nicht ausgedehnen, der Kanzler brauche also das Einvernehmen mit dem Parlament der freien Kräfte. Zögernitz: „Ich würde an die staatspolitische Verantwortung der Parteien appellieren. Das Image der Politik würde sich sonst nur weiter verschlechtern.“

Wer neuer EU-Kommissar werden soll, darüber gibt es bisher nur Spekulationen, die sich vor allem um ÖVP-Kandidatin Karoline Edtstadler drehen. Für den ÖVP-Spitzenkandidaten bei der EU-Wahl, Orthmar Karas, zu stimmen – das hatte die FPÖ schon vor dem „Ibiza-Video“ ausgeschlossen. Dass Edtstadler von den Freiheitlichen unterstützt wird, „ist derzeit eher

ausgeschlossen“, hieß es aus FPÖ-Kreisen zum KURIER. Und die SPÖ? Dort wird nur die Frage gestellt, ob Kurz dann überhaupt noch Kanzler ist. Versagt der Nationalrat dem Kanzler das Vertrauen, könnte Vizekanzler Hartwig Löger für den enthobenen Regierungschef einspringen – sofern der Bundespräsident ihn mit der Fortführung der Geschäfte betraut.

Nach Türkis-Blau: Wer bleibt, wer zittern muss

Kassen & Co. Blockade in Sozialversicherung?

Was wird aus dem Prestige-Projekt der türkis-blauen Koalition, dem Umbau der Sozialversicherung?

An der Spitze der Österreichischen Gesundheitskasse steht mit **Mathias Krenn** ein blauer Wirtschaftstreiber. Für ihn hat der ÖVP-Wirtschaftsbund einen Sitz abgetreten. Wichtige Spitzengremien würden von Türkis-Blau für die koalitions-näre Zusammenarbeit maßgeschneidert. Nun, da diese nicht mehr gegeben ist, drohen Blockaden, und das während eines komplexen Fusionsprozesses.

Auf der Ebene des Spitzenmanagements ist gerade die Personalsuche für Posten in Gang, die ab 1. Juli besetzt sein müssen. Von den elf Posten (jeweils Leiter und Stellvertreter) gelten drei als auf bestimmte FPÖ-nahe Personen zugeschnitten. Für die meisten anderen Positionen seien bereits ÖVPler vorgesehen, wie aus der Sozialversicherung verlautet. Auch dieses Personal muss durch die oben erwähnten Gremien, in denen die Mehrheiten nun nicht sicher sind.

Während in der Sozialversicherung die Personalrochaden voll im Gang sind, sind sie in der Nationalbank festgezurr. Die Ernennung des Nationalbankdirektors ist durch den Bundespräsidenten längst erfolgt und damit „nicht reversibel“. Der erste der vier neuen Direktoren, ÖVP-Mann **Thomas Steiner** übt sein Amt schon seit 1. Mai aus. Am 11. Juli folgen zwei weitere Direktoren, Burschenschafter **Eduard Schock** von der FPÖ und der ÖVP-nahe Wirtschaftsprofessor **Gottfried Haber**. Am 1.

September folgt der neue Nationalbank-Gouverneur **Robert Holzmann**. Er kommt auf einem FPÖ-Ticket. Umstritten ist die FPÖ-nahe Vizepräsidentin im Generalrat **Barbara Kolm**. Sie könnte aber aus dem Aufsichtsgremium der OeNB fliegen, sollte ihr ein strafrechtliches Vergehen in ihrer Spenden-affäre nachgewiesen werden können. Im Notenbankgesetz heißt es, dass Direktoren und Generalräte bei „schwerwiegenden Vergehen“ abgesetzt werden können. In der FMA profitieren dürfte der rote Vorstand **Helmuth Ettl**. Er könnte bleiben, weil die Finanzmarktreform im Parlament kaum noch eine Mehrheit finden wird.

Bei den ÖBB wurde der Burschenschafter und FPÖ-Vertrauensmann **Arnold Schiefer** gerade Finanzvorstand. Im Aufsichtsrat sitzen auf FPÖ-Ticket Kolm, Ex-FPÖ-Verkehrsmন্ত্রী **Monika Forstinger** sowie der Unternehmer **Karl Ochsner**, Trauzeuge von Ex-FPÖ-Chef **Heinz-Christian Strache**. Präsident im mehrheitlich blauen Aufsichtsrat ist Ex-FPÖ-Nationalrat **Gilbert Trattner**. Seine Tochter, die Steuerexpertin **Cathrine Trattner**, wurde in den ÖMV-Aufsichtsrat gewählt.

In den Asfinag-Vorstand zogen **Josef Fiala** von ÖVP-Seite und **Hartwig Hufnagl**, Vertrauter **Norbert Hofers**, ein. Beim Stromkonzern Verbund wurden **Achim Kaspar** (FPÖ) und **Michael Strugl** (ÖVP) Mitglieder im Vorstand. Bei der Flugsicherung Austro Control installierte Norbert Hofer seinen Fluglehrer **Axel Schwarz** als Geschäftsführer.

– M. BÄCHNER, D. KITTNER

GegenSätze

PRO & CONTRA

Ibiza überschattet Europa. Zack, zack, zack und schon ist die Europa-Wahl medial in den Hintergrund gedrängt. Dabei war der Wahlkampf schon zuvor zu flach angesichts der großen Herausforderungen. Die Eurozone und die Europäische Union sind in vielen Fragen unvollständig – und damit auch fragil. Und Fehler der Vergangenheit, etwa dass die offiziellen Regeln zum Beitritt von Ländern wie Italien nie eingehalten worden sind, rächen sich bis heute. Doch Österreich befand sich schon vor Ibiza-Gate und der Regierungskrise in einem faktenfeindlichen Wahlkampfmodus. Manche plakatieren in „Österreich zuerst!“-Manier. Ganz so, als ob ein kleines Land nicht wesentlich vom EU-Beitritt und dem Herzstück der Union, dem Binnenmarkt, profitierte. Wieder andere versuchen, mit dem scheinbaren Gegensatzpaar von „Mensch statt Konzern“ zu spalten. Ganz so, als sei Brüssel zualterer Konzernzentrale statt europäischer Hauptstadt. Im Wahlkampf lautet das europäische Motto dann eben nicht „e pluribus unum“, Einheit in Vielfalt, sondern alle gegen einen. Dabei könnte Europa ein klarer Gegenentwurf zum autoritär-chinesischen Modell sein, das staatlich gelenktes Wachstum über alles stellt. Dafür braucht es klare Spielregeln, Wettbewerb und gemeinsame Strategien für Wachstum oder Forschung – statt Regierungen, die gerne „ihre“ Konzerne und Märkte abschotten. Mensch und Konzern wäre für Europa das interessantere Motto – auch hier sollte in Zukunft ein Google entstehen können.

Lukas Sustala ist Vizedirektor bei Agenda Austria

Welches Europa?

Sustala contra Streissler-Führer
Im Schatten der Ibiza-Affäre findet am Sonntag die EU-Wahl statt. In welche Richtung soll der Kontinent gehen?



Meine Vision für Europa heißt Nachhaltigkeit. Jetzt werden Sie zu Recht sagen: Was für ein großes, kaum verständliches Wort! Dabei heißt es einfach, verantwortlich darauf zu schauen, was nach uns kommt und nicht auf das Mehr, sondern auf das Besser zu achten. Wieso glaube ich an ein Europa als Vorreiter der Nachhaltigkeit? Dafür muss man verschiedene Dimensionen betrachten: eine wirtschaftliche, eine ökologische und eine soziale. Wirtschaftlich sind Europas Unternehmen seit vielen Generationen in der Lage, sich immer wieder neu zu erfinden. Wir brauchen weder amerikanische Disruption (alles Alte weg, her mit dem Neuen) noch chinesischen Staatskapitalismus. Etwas bedächtiger als anderswo passiert in Europa dennoch Innovation und Unternehmen haben dauerhaften Bestand. Ökologisch haben die europäischen Forschungsinstitutionen die Nase vorn: Wir haben die Rezepte gegen den Klimawandel und in einer gemeinsamen Anstrengung, getragen von staatlichen Infrastrukturinvestitionen, könnten wir rasch sehr viel auf die Beine stellen. Und schließlich sozial: Niemand soll zurückbleiben. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden in vielen Ländern Europas Modelle des sozialen Dialogs, der Sozialpartnerschaft entwickelt, die dafür sorgten, dass die Veränderung fair war und niemand dauerhaft zu Verlierern wurde. Das müssen wir fortsetzen, wieder aufleben lassen und das ist das Europa, für das ich kämpfe und für das ich Sonntag wählen gehe.

Agnes Streissler-Führer ist Ökonomin bei der Gpa-djp